

Freie Presse

Nr. 187

Łódź, Donnerstag, den 6. Juli 1939

17. Jahrgang

Bezugspreis monatlich: In Łódź mit Zustellung Pl. 5.—, bei Abnahme in der Geschäftsstelle Pl. 4.—, im Inland mit Postzustellung Pl. 5.—, Ausland Pl. 7.—, Wochenabonnement durch Boten Pl. 1,25. Einzelpreis im Inland: Wochentags 20 Groschen, Sonntags 30 Groschen, vorbehaltlich Sonderausgaben. — Bezugsgebühren sind nur gegen Verlagsqualifikation zu entrichten. — Erscheint täglich frühmorgens, nach Sonn- und Feiertagen nachmittags. — Bei Betriebsstörung, Arbeitsüberlegung oder Beschlagsnahme der Zeitung hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. —

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Łódź, Petrikauer Straße Nr. 86
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 106-86
Schriftleitung Nr. 148-12

Anzeigenpreise: Die 7gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, die 4gespaltene Reflektierte (mm) 60 Groschen, Eingeladene für die Zeitspalt Pl. 1,20, für Werbeführende Werbegünstigungen. Klein-Anzeigen bis 15 Wörter Pl. 1,50, jedes weitere Wort 10 Gr. Für Bezugsnehmer Vergünstigung. Ausland: 50% Zuschlag. — Postkontos: Towarzystwo Wydawnicze „Libertas“, Łódź, Nr. 602-673. — Bankkonto: Deutsche Genossenschaftsbank in Polen Akt-Ges., Łódź. — Honorare für Beiträge werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt. — Empfangsstunden des Hauptredakteurs von 10 bis 12 Uhr mittags.

Weitere Verschleppung in Moskau

Pariser politische Kreise rechnen noch mit längerer Verhandlungsdauer — Inzwischen Hochbetrieb in den Außenämtern von London und Paris

PAT. Paris, 5. Juli.

Im Laufe des heutigen Tages wurden die Ausichten auf baldigen Paktabschluss mit Moskau in politischen und Presskreisen von Paris immer skeptischer beurteilt. Man beginnt sich in diesen Kreisen mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen müßten, was erneut allgemeine Ungebuld und sogar Bitterkeit im Verhältnis zu Moskau hervorruft.

Das britische Auswärtige Amt und das französische Außenministerium arbeiten in enger Fühlungnahme miteinander die Antwort auf die letzten Molotow-Fragen aus. Während der vergangenen Nacht übermittelte das Pariser Außenministerium dem britischen Außenamt seinen Standpunkt, der sodann einen Gegenstand der britischen Kabinettsberatung bildete. Auch Min. Bonnet verständigte sich zweimal mit dem französischen Botschafter in London Corbin.

Zusammenfassend kann erwartet werden, daß die beiden Regierungen im Laufe der nächsten Tage in der Lage sein werden, ihren Botschaftern Anweisungen für weitere Verhandlungen zu übermitteln.

Die Pariser „Action Française“ spricht von der „Moskauer Tragikomödie“ und fragt, wie

lange dies noch dauern soll. Vor zwei bis drei Wochen hätte man in allen Tonarten das „großartige britische Manöver“ gelobt, das darin bestehen sollte, auf der ganzen Linie den Sowjetrussischen Forderungen nachzugeben, um so die Sowjets auf die Probe zu stellen. Aber leider müsse man feststellen, was unschwer vorzusehen war, daß man immer wieder noch weiter zurückweiche und daß die Botschafter Frankreichs und Großbritanniens in Moskau eine der großen Mächte „unwürdige Rolle“ spielen.

Moskau schweigt

kein Wort über die Verhandlungen

Moskau, 5. Juli.

Seitens Moskau an amtlicher Stellen wird in den letzten Tagen über den Stand der Paktverhandlungen nicht das geringste mehr verkündet. Auch die Presse, die bereits die letzten Besprechungen zwischen Molotow und den britisch-französischen Unterhändlern am 1. und 3. Juli nur in dem knappen Tag-Kommuniqué ohne irgendwelche Bewertung der englisch-französischen Vorschläge verzeichnet hatte, enthält sich jeglicher Stellungnahme zu diesem Thema.

Londoner Presse gibt zu:

Sowjets haben in den Verhandlungen völlig neue Fragen aufgeworfen

London, 5. Juli.

In der Londoner Presse wird offen mitgeteilt, daß die Sowjets Fragen aufgeworfen haben, die in den ursprünglichen Verhandlungen überhaupt nicht berührt waren und daß damit die gesamten Paktverhandlungen erneut in einen Schwebezustand gebracht worden sind. Den Kommentaren der Blätter läßt sich entnehmen, daß die britische Regierung in dieser neuen Lage der Gefahr eines Zusammenbruches der Verhandlungen nur dadurch entkommen zu können glaubt, daß sie den Sowjets nunmehr die sofortige Unterzeichnung eines Dreierbündnispaktes für den Fall eines direkten Angriffes auf eine der drei Vertragsmächte vorschlägt, um dann zu versuchen, zusammen mit Frankreich die kleineren Staaten, die sich gegen eine Sowjetrussische Garantie ausgesprochen haben, in ihrer ablehnenden Haltung zu erschüttern.

„Times“ teilt mit, der Auswärtige Ausschuß des britischen Kabinetts habe sich gestern mit verschiedenen von den Sowjets aufgeworfenen Punkten befaßt, die die

baldige Entsendung neuer Instruktionen an den britischen Botschafter notwendig

machen. Amtlicherseits behandelte man die von den Sowjets angeschnittenen neuen Fragen — unter denen es sich unzweifelhaft in erster Linie um die Kernstofffrage

handelt — streng vertraulich. London und Paris hätten, so gibt das Blatt zu, in höchstem Maße den Willen zu einem Abkommen; daher werde man sich vielleicht doch noch bald einigen.

Die Atmosphäre sei allerdings in Moskau keineswegs für eine freimütige Aussprache besonders geeignet.

Die baltischen Staaten, insbesondere Finnland, erklärten, daß sie unter keinen Umständen von Moskau garantiert werden wollten. Die richtige Prozedur sei darin zu bestehen, daß die drei großen Einkreisungsländer schleunigst den gegenseitigen Beistandspakt unterzeichneten. Inzwischen könne sich die französische und britische Diplomatie hauptsächlich damit befassen, die baltischen Staaten zu überzeugen, daß ihre „wirklichen“ Interessen mit einem Bündnis mit den drei Einkreisungsstaaten verknüpft seien.

Finnlands Außenminister wird deutlich

London, 5. Juli.

Der Korrespondent der „News Chronicle“ in Helsinki gibt eine Unterredung mit dem finnländischen Außenminister Erko wieder, in der dieser erklärte, Finnland würde eine „Garantie“ seiner Unabhängigkeit ohne seine Erlaubnis als eine Frechheit ansehen. Finnlands Antwort würde in der Konsolidierung all seiner Kräfte für die nationale Verteidigung bestehen.

Belgien schließt sich der holländischen Neutralitätspolitik an

Einbeziehung in den Moskauer Pakt abgelehnt

Brüssel, 5. Juli.

Die (gemeldete) klare holländische Stellungnahme zu dem Versuch, eine Garantie der neutralen Staaten in das geplante Bündnis mit den Sowjets einzubeziehen, hat in Belgien größte Beachtung gefunden.

Die „Nation Belge“ schreibt hierzu: „Die Beweggründe, aus denen Holland gegen die Rolle protestiert, die es spielen soll, ohne daß man es überhaupt um seine Meinung befragt hat, gelten auch für uns.“

Wir würden es nicht verstehen, wenn der belgische Ministerpräsident Pierlot nicht in einer unserer diplomatischen Lage entsprechender Form die Stellungnahme seines holländischen Kollegen nachahmen würde.“ Das Blatt betont dann, daß die von England angestrebte rätebündische „Garantie“ für Holland, Belgien und die Schweiz unvermeidlich den Versuch herausbeschwören würde, Belgien in das englisch-französische Bündnisystem hineinzuziehen. Darüber hinaus würde sich eine

Sowjetrussische Einmischung in belgische Angelegenheiten kaum vermeiden lassen, und eine solche wolle Belgien unter keinen Umständen.

„vingtieme Siecle“ schreibt, daß Belgien das britische Ansinnen — das bekanntlich in Moskau auf Widerstand gestoßen ist — damit beantworten müsse, daß die Belgien gegebenen Garantien Deutschlands, Englands und Frankreichs die einzig nützlichen seien.

Auch die Schweiz für Garantien nicht zu haben

Bern, 5. Juli.

Den Nachrichten über die Erwähnung der Schweiz bei den Moskauer Einkreisungsverhandlungen stehen amtliche Kreise mit großer Zurückhaltung gegenüber, da hier von Anfang an der Standpunkt vertreten wurde, daß man über dieses Problem nicht befragt worden sei und sich deshalb auch nicht offiziell dazu zu äußern habe. Ebenso wie gestern der „Bund“ meist indessen heute das „Journal de Geneve“ darauf hin, daß sich die Haltung Hollands mit derjenigen der Schweiz vollkommen decke.

Das Blatt erklärt, daß, wenn Sowjetrußland den Wunsch habe, sich der „Garantie“ anzuschließen, die von Frankreich und England vor einigen Wochen uns gegenüber übernommen wurde, so müsse wiederholt werden, daß diese Abmachungen nur ihre Urheber binden, „daß wir niemals befragt oder aufgefodert worden sind, und daß die getroffene Abrede uns nicht offiziell mitgeteilt worden ist. Wir brauchen sie übrigens nicht zu kennen, denn wir gehören nicht zu dem System, das England aufzurichten bemüht ist; die Schweiz kann nur eine Politik treiben, die der absoluten Neutralität, und diese verbietet ihr, sich einem der bestehenden Blocks anzuschließen und den Eindruck zu erwecken, als ob sie sich nach einer bestimmten Seite festlege. Die „Garantien“, die man uns unaufgefordert geben will, ändern in keiner Weise unsere rechtliche Stellung und unsere traditionelle Politik. Sie sind ohne uns beschloffen worden und berühren uns nicht“.

Nüchterne Pariser Pressestimmen

Paris, 5. Juli.

„Petit Parisien“ bezeichnet es als unzulässig, daß London und Paris sich verpflichten, wegen Eiland oder Finnland in die Schranken zu treten, während Sowjetrußland abseits bleiben könnte, falls Holland oder die Schweiz angegriffen werden würden. Zu der Forderung Moskaus, daß der völlige Vertragswortlaut des Dreierpaktes einschließlich des Zusatzprotokolls über die garantierten dritten Staaten veröffentlicht werden soll, betont das Blatt, in London und Paris sei man der Ansicht,

daß eine derartige Veröffentlichung nicht münchenswert sei, denn sie könnte Proteste von Seiten der „garantierten“ Länder auslösen, und andererseits könnte die deutsche Propaganda darin Nahrung für ihren Feldzug gegen die Einkreisung finden.

Der Londoner Korrespondent des „Jour“ bezeichnet die Meldung des „Evening Standard“ von einer völligen Einigung mit Moskau als „Falschmeldung“, die zwar an der Börse eine Haufe auslösen könnte, die aber die politischen und diplomatischen Kreise enttäuscht hätte. Es bestünden weiterhin ernste Schwierigkeiten. Die „Epoque“ schreibt, daß die Verhandlungen immer noch in die Länge gezogen würden. Zwar kündige man von Zeit zu Zeit „fühlbare Fortschritte“ an, aber man könnte sich nicht einigen.

Türkischer Botschafter in Moskau plötzlich abberufen

Moskau, 5. Juli.

Der türkische Botschafter in Moskau, Zakai İpaşin, der seit 1936 hier tätig war, ist von seiner Regierung plötzlich abberufen worden. Der Botschafter wird in den nächsten Tagen Moskau verlassen.

Der litauische Gesandte in Moskau, Dr. Natkewičius, hat seinen Erholungsurlaub plötzlich abgebrochen und ist unerwartet auf seinen Posten nach Moskau zurückgekehrt.

Der ungarische Generalstabschef beim Führer Berlin, 5. Juli.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht empfing heute in der Neuen Reichskanzlei den Generalstabschef der ungarischen Honveds, General der Infanterie Berth.

Derföhnung im rumänischen Königshaus

Bukarest, 5. Juli. Im Jahre 1937 waren dem jüngeren Bruder König Karls II., Großfürsten Michael, wegen seiner morgantischen Ehe mit Frau Savescu-Dumitrescu alle Titel, dynastischen und Thronfolgerrechte entzogen worden.

Verstärkte Agitation für Churchills Eintritt ins Kabinett

London, 5. Juli. Je langwieriger und schwieriger sich die englisch-sowjetrussischen Verhandlungen gestalten, um so intensiver wird die Agitation für einen Eintritt Churchills ins Kabinett.

Hendersson in London

PAT. London, 5. Juli. Der Berliner britische Votschafter Hendersson suchte heute vormittag das Außenministerium auf, während das britische Kabinett eine Beratung abhielt.

Geheimnisvolle Brände in London

London, 5. Juli. Die Reihe der geheimnisvollen Brände in London läßt nicht ab. So brach am Dienstagabend in einer Kolonialwarengroßhandlung in der Nähe der Untergrundbahnhaltstelle Londonbride ein Brand aus.

Ein weiterer Brand brach Dienstagabend in der Waffenfabrik „Small Arms Work“ in Birmingham aus, die Handfeuerwaffen herstellt.

Schießübungen der neuen Küstenbatterien von Gibraltar

Madrid, 5. Juli. Der Bevölkerung von Algeciras hat sich eine gewisse Anruhe bemächtigt, da seit Dienstag die schweren britischen Küstenbatterien von Gibraltar die Meeresenge bestreichen.

Wie es heißt, wurden die britischen Einwohner von Gibraltar aufgefordert, Lebensmittelkarten abzuholen.

Am kommenden Mittwoch wird der neue Gouverneur von Gibraltar, General Elwen Liddell, als Nachfolger Generals Ironsides in Gibraltar erwartet.

Syrischer Protest an den französischen Staatspräsidenten

Beirut, 5. Juli. Wie aus Damaskus verlautet, bereitet der syrische Staatspräsident Hachem Ben Abassi ein Memorandum an den französischen Staatspräsidenten Lebrun vor, worin gegen die letzten Maßnahmen des französischen Oberkommandos, die einen Eingriff in die Rechte des syrischen Staatspräsidenten darstellen, schärfster Protest erhoben wird.

Moskau-Fragen im Unterhaus blieben wieder unbeantwortet

London, 5. Juli. Chamberlain wurde heute im Unterhaus mit Fragen über die Londoner Verhandlungen geradezu überschüttet. Er begnügte sich jedoch mit der Feststellung, daß Lord Halifax gestern die Antwort der Sowjetregierung erhalten habe und daß diese jetzt in Konsultation mit der französischen Regierung geprüft werde.

So wollte ein Vertreter der Labour-Opposition wissen, ob die Presseberichte wahr seien, wonach es zu neuen Schwierigkeiten gekommen sei.

Hierauf antwortete Chamberlain, er halte es nicht für wünschenswert, auf Einzelheiten einzugehen (Beifall auf den Regierungsbänken). Man täusche sich aber, wenn man annehme, daß die „Schwierigkeiten“

in den Verhandlungen lediglich von einer Seite stammten. Ein Konservativer fragte, ob Chamberlain sich darüber im klaren sei, daß man in England daran zu zweifeln beginne, ob die Sowjetregierung überhaupt einen Pakt wolle.

Englische Meldung über Besuch eines deutschen Generalstabsoffiziers in Waffenfabriken

PAT. London, 5. Juli. Wie die englische Agentur „Press Association“ meldet, erschien Oberst Gerhardt v. Scherlin vom deutschen Generalstab (Namensangabe wie die ganze Meldung vorbehaltlich — Red.), ein persönlicher Freund des Reichskanzlers Hitler, der sich seit einigen Tagen zur Besichtigung von Waffenfabriken in England aufhält.

Der bulgarische Besuch in Berlin

Das bulgarische Regierungsblatt: „Die Revision ist auf dem Marsche — Keine Politik der ewig gebundenen Hände“

Berlin, 5. Juli. Bulgariens Ministerpräsident und Außenminister Kjossewmanow traf um 14.30 Uhr in Berlin zu seinem angekündigten Staatsbesuch ein.

Auf dem Bahnhof entbot ihm Reichsaußenminister von Ribbentrop den Gruß des Führers. Nach seiner Fahrt durch das festlich geschmückte Berlin traf der Ministerpräsident in Schloß Bellevue, dem repräsentativen Gästehaus des Reiches, ein.

Am Nachmittag stattete Kjossewmanow dem Reichsminister des Auswärtigen im Auswärtigen Amt einen Besuch ab. Anschließend daran begab sich der Reichsaußenminister zum Gegenbesuch ins Schloß Bellevue.

Die politische Bedeutung des Besuchs

U. Berlin, 5. Juli. Dem bulgarischen Besuch kommt angesichts der gegenwärtigen Zeitlage auch eine aktuelle politische Bedeutung zu. Denn er ist ein Teil jenes zugleich klärenden und gestaltenden Gedankenaustausches, der von den Mächten der Achse seit geraumer Zeit mit den Ländern des Südostrumes gepflogen wird.

Man darf hier auf die schwere Belastung hinweisen, der die Balkanentente durch den politischen Kurswechsel der Türkei ausgesetzt ist und auf die gleichzeitig erfolgte Absage an die bulgarischen Revisionswünsche durch Griechenland und Rumänien, zwei Vorgänge also, die den engsten Kreis der bulgarischen Lebensinteressen nachhaltig berühren.

Die bulgarische Politik — so schreibt das offizielle „Dnes“ — verfolge auch heute noch ihre Ziele mit friedlichen Mitteln, in der Hoffnung einer gegen-

seitigen Verständigung. Jedoch wie auch Neutralität keine Isolierung bedeute, so bedeute eine Politik der friedlichen Verständigung keine Politik der ewig gebundenen Hände.

Die Revision ist, darüber herrscht kein Zweifel, auf dem Marsche, und auch jene werden davon erfährt werden, die heute noch vorgeben, bisher nichts von ihr verspürt zu haben.

Es gibt kein Volk, das so gut unsere Leiden und Schmerzen verstehen könnte wie das deutsche, denn es hatte daselbe Schicksal durchzukosten wie wir. Dieses Volk versteht aber auch besser wie jedes andere unsere fanatische Liebe zum Frieden, wie auch unseren ebenso entschlossenen Willen zur Wiederaufrichtung.

Die jugoslawische Presse zur Unterredung Kjossewmanow-Cinkar-Markowitsch

Belgrad, 5. Juli. Die jugoslawische Presse berichtet ausführlich über die gestrige Durchreise des bulgarischen Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Kjossewmanow zum Staatsbesuch in Berlin und die Unterredung, die er mit dem jugoslawischen Außenminister Cinkar-Markowitsch hatte.

Auf der Durchreise in Agram erklärte der bulgarische Ministerpräsident und Außenminister jugoslawischen Pressevertretern, daß er immer ein Vorämpfer für eine aufrichtige Freundschaft zwischen Jugoslawien und Bulgarien gewesen sei, und diese Freundschaft sich immer mehr festige, je schwerer und verantwortungsvoller die Zeiten würden.

„Schluß mit den Schottenwiken!“

PAT. Berlin, 5. Juli. Die Zeitschrift „Neue Literatur“ mündet sich gegen die Verbreitung von Schottenwiken. Die Schotten, so schreibt das Blatt, sind der einzige gesunde germanische Stamm Englands, und die auf sie gemünzten Wike sind eine Erfindung von Juden und verjudeten Engländern. Schluß mit den Schottenwiken!

Wieder 3 Araber hingerichtet

Jerusalem, 5. Juli. Die Zahl der auf Grund britischer Urteilsprüche hingerichteten Araber steigt ständig. In Akko fanden heute wiederum drei solcher Hinrichtungen statt.

Wieder 3 Araber hingerichtet

Jerusalem, 5. Juli. Wegen der letzten Anschläge und Ueberfälle ist das nordwestliche Judenviertel der Stadt mit einer Geldstrafe von 1000 Pfund Sterling belegt worden.

Roosevelt gegen Repräsentantenhaus

Washington, 5. Juli. Nach kurzem Aufenthalt auf seinem Privatgut in Hyde Park kehrte Roosevelt am Dienstag wieder ins Weiße Haus zurück. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, daß er alles tun werde, was in seiner Macht liege, um das

Interferieren des Neutralitätsgesetzes in der vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Form (d. h. mit dem Ausfuhrverbot für Waffen) zu verhindern. Das oberste Ziel seiner Politik sei es nämlich, einen Krieg zu verhindern.

500 Todesopfer bei den amerikanischen Unabhängigkeitsfeiern

Washington, 5. Juli. Während des Unabhängigkeitstages kamen bei Verkehrsunfällen und anderen Unglücken insgesamt 500 Personen ums Leben. Die Zahl der Verletzten ist noch viel größer.

Chefpilot Kalkstein tödlich verunglückt

Bei einem Versuchsflug auf dem Flugplatz Böblingen Stuttgart, 5. Juli. Am Mittwoch vormittag ereignete sich auf dem Flugplatz Böblingen bei Stuttgart ein bedauerlicher Flugzeugunfall, dem der Chefpilot der Kleinflugzeugwerke, Helmuth Kalkstein, zum Opfer fiel.

